Die Wohnungsfrage und Henri Kramer

Der **PNN – Journalist Henri Kramer** hat wieder einmal einen **Kommentar** verfasst. Diesmal lässt er sich über die neue Hausbesetzung in der Tornow – Straße aus .
Wie fast immer, wenn es um Wohnungsfragen geht vertritt er dabei eine klare Position. Er steht auf der Seite der Eigentümer und Investoren und argumentiert gegen die Menschen, die in Potsdam für bezahlbare Mieten und gegen die unmoralischen Geschäftsmodelle von Investoren engagieren.

Politisch, sachlich und moralisch ist an diesen Kommentar so ziemlich alles falsch.

Natürlich geht es politisch um die Wohnungsfrage. Das ist DIE soziale Frage – auch in Potsdam. Das Agieren von jungen Menschen für eine bezahlbare Wohnung nicht verstehen zu wollen und ausschließlich auf eine Frage der Rechtsstaatlichkeit zu verkürzen zeigt das völlig Unverständnis von Henri Kramer für dieses soziale Frage. Die entscheidende Frage ist eine wohnungspolitische und die Aktion offenkundig eine Form von zivilem Ungehorsam gegenüber einer staatlichen und städtischen Wohnungspolitik, die bei der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums seit vielen Jahren untätig blieb.
Beispielhaft genannt seien das Fehlen einer adäquaten Wohnungsbauförderung durch Bund und Land, den Abriss sanierbaren Wohnraums in Potsdam zu Gunsten eines teuren und antiquierten Leitbautenkonzeptes, das Fehlen einer gesetzlich möglichen längeren Kündigungssperrfrist nach Verkauf, die Privatisierung von Mietskasernen der ProPotsdam, das Verpulvern der Kapazitäten der ProPotsdam für teuren Neubauerschließung in der Speicherstadt u. s. w. .

Bereits **Heinrich Zille** hatte die Dramatik der Wohnungsfrage mal so ausgedrückt: **„Man kann mit einer Wohnung einen Menschen**

genauso töten wie mit einer Axt.“
Dass ein langjähriger Journalist der PNN In Potsdam die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt so kommentiert wie Henri Kramer zeigt entweder, dass er von diesem null Ahnung hat oder nicht die geringste Empathie für die Betroffenen der Wohnungskrise in Potsdam.
Fast täglich werden Menschen aus ihrem zu Hause verdrängt – durch Umwandlungen von Miet – in Eigentumswohnungen, durch Eigenbedarfskündigungen. Was neu gebaut wird, ist in der Regel für die Menschen in der Stadt unbezahlbar, längst gehört Potsdam zu teuersten Städten in der Bundesrepublik.

Angesichts der Privatisierung in der Stadt an Vonovia, Kirsch, Semmelhaack und Co, den Ausverkauf an private Immobilieninvestoren seit Jahrzehnten darüber zu jammern, dass junge Leute leerstehende Häuser besetzen und wieder nutzbar machen zeugt von einer gehörigen Portion Ignoranz gegenüber den Realitäten in Potsdam.

Diese Aktion – durchaus auch motiviert von der Aussichtslosigkeit, jemals eine bezahlbare Wohnung finden zu können, dann noch mit der Ideologie und der alltäglichen Gewalt von Rechtsextremen gleich zu setzen zeigt vor allem, dass Kramer jeglichen moralischen Kompass verloren hat. Dieser Vergleich basiert letztlich wieder mal auf der Hufeisentheorie – rechts gleich links, nur in der Mitte stehen die Demokraten und Demokratinnen und halten sich an den Rechtsstaat. Anhand von unzähligen Beispielen und auch wissenschaftlich ist das seit vielen Jahren widerlegt.
Die entscheidende Kategorie ist aus unserer Sicht die Frage, ob der Protest legitim ist. Ein Durchsetzen des Rechts auf bezahlbaren Wohnens (irgendwo muss Menschen leben) über Parlamente erscheint in einer Stadt wie Potsdam fast aussichtslos und hatte lange Jahre auch bei SPD und Grünen schlicht keine Lobby in der Stadtpolitik. Lieber Stadtschloss, Leitbauten und „Heilung der Wunde in der Mitte.“

Durch friedlichen Protest ohne Opfer auf einen Missstand

aufmerksam zu machen und nutzbaren Wohnraum auch tatsächlich zu nutzen, ist keine Frage der „politische Ästhetik“ der Besetzer, sondern bedient eine legitime politische Zielstellung.

Genau deshalb ist den jungen Menschen viel Erfolg zu wünschen und nicht solche völlig empathielose Kommentare.
Nehmen wir uns lieber ein Beispiel am CDU – Mann **Willo Göpel, der ebenfalls in der PNN** darauf aufmerksam gemacht hatte, dass in der Berliner Vorstadt noch mindestens 10 leerstehende Villen zu finden seien.

Dann tun wir gleich noch etwas für eine gerechte Umverteilung des Reichtums in Potsdam.